



22.031

**Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung  
systemkritischer Unternehmen  
der Elektrizitätswirtschaft.  
Bundesgesetz und Verpflichtungskredit**

**Aides financières subsidiaires  
destinées au sauvetage  
des entreprises du secteur  
de l'électricité d'importance  
systémique. Loi fédérale  
et crédit d'engagement**

*Differenzen – Divergences*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.22 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.09.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.22 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.09.22 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.09.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.09.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**1. Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft**

**1. Loi fédérale sur des aides financières subsidiaires destinées au sauvetage des entreprises du secteur de l'électricité d'importance systémique**

**Art. 10 Abs. 1**

*Antrag der Mehrheit*

*Bst. a, d*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Aeschi Thomas, Egger Mike, Friedli Esther, Imark, Page, Röstli, Steinemann)

*Bst. a*

Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Aeschi Thomas, Egger Mike, Friedli Esther, Imark, Jauslin, Page, Röstli, Steinemann)

*Bst. d*

Festhalten



**Art. 10 al. 1**

*Proposition de la majorité*

*Let. a, d*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Aeschi Thomas, Egger Mike, Friedli Esther, Imark, Page, Röstli, Steinemann)

*Let. a*

Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Aeschi Thomas, Egger Mike, Friedli Esther, Imark, Jauslin, Page, Röstli, Steinemann)

*Let. d*

Maintenir

**Aeschi Thomas** (V, ZG): Gerne vertrete ich meine beiden Minderheiten auf den Seiten 4 und 5 der Fahne.

AB 2022 N 1698 / BO 2022 N 1698

Zuerst zur Minderheit Aeschi Thomas bei Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe d: Wie Sie sehen, haben wir das letzte Mal im Nationalrat eine Einschränkung betreffend Sondervergütungen und variable Lohnbestandteile beschlossen. Das ist die Bonusklausel. Dort haben wir geschrieben, dass diese Einschränkungen einerseits für die Mitglieder der Geschäftsleitung gelten sollen, andererseits aber auch für Mitarbeitende, deren jährliche Gesamtvergütung den Betrag von 250 000 Franken übersteigt. Die Mehrheit der Kommission möchte jetzt diesen zweiten Teil streichen und diese Bonusbeschränkungsklausel nur noch auf die Mitglieder der Geschäftsleitung anwenden. Ich möchte Ihnen im Namen der Minderheit beantragen, dass weiterhin auch Mitarbeitende, deren jährliche Gesamtvergütung 250 000 Franken übersteigt, keine Boni erhalten sollen. Wie gesagt, es geht hier um Steuergeld. Es wäre falsch, wenn wir hier Steuergeld ausschütten würden an Firmen, die offensichtlich Millionenboni an gewisse Mitarbeiter im Trading-Bereich auszahlen.

Zum zweiten Minderheitsantrag unter Buchstabe a: Dort geht es um die Auszahlung von Dividenden und Tantiemen. Auch hier hatte der Nationalrat eine etwas breitere Formulierung gewählt, die besagt, dass eben auch Tochter- und weitere Gesellschaften sowie auch beteiligte Kantone und Gemeinden und deren Vertreterinnen und Vertreter betroffen wären. Auch hier möchte ich Ihnen im Namen der Minderheit beantragen, an der erweiterten Regelung festzuhalten und das Dividenden- und Tantiemenauszahlungsverbot auch auf die soeben aufgezählten Entitäten auszuweiten.

Ich danke Ihnen, dass Sie diese Minderheiten analog zum letzten Beschluss des Nationalrates weiterhin unterstützen.

**Vincenz-Stauffacher** Susanne (RL, SG): Sie haben es gehört: Es verbleiben zwei Differenzen. Die FDP-Liberale Fraktion wird diesbezüglich den Mehrheiten und damit dem Ständerat folgen.

Zum einen geht es um Artikel 10 Absatz 1 Litera a. Es ist grundsätzlich ein berechtigtes Anliegen, dass nicht nur die Darlehensnehmerin selbst, sondern auch die von ihr beherrschten Firmen vom Dividenden- und Tantiemenverbot umfasst sind. Dies wurde von uns in den Beratungen auch unterstützt. Der Ständerat verweist nun aber zu Recht auf die aktienrechtlichen Bestimmungen und dabei insbesondere auf das Gleichbehandlungsgebot gegenüber Aktionären.

Zum andern geht es um Artikel 10 Absatz 1 Litera d. Anvisiert sind die Trader, welche nicht in der Geschäftsleitung oder im Verwaltungsrat vertreten sind. Auch dies ist grundsätzlich ein berechtigtes Anliegen, wobei aber bereits die gewählte Lohngrenze willkürlich erscheint. Sodann stellt diese Bestimmung, wie der Ständerat richtig konstatiert hat, einen Eingriff in die unternehmerische Freiheit und insbesondere in obligationenrechtliche Verträge dar. Zudem handelt es sich bei den besagten Mitarbeitenden nicht um solche mit strategischer Verantwortung. Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist die Gefahr eines Braindrains, da es sich um Spezialistinnen und Spezialisten auf ihrem Gebiet handelt. Ebenso klar ist aber die Erwartung der FDP-Liberalen Fraktion, dass die Entscheidungsträger in den betroffenen Unternehmungen hier Zurückhaltung walten lassen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen und damit der Version des Ständerates.

**Bäumle** Martin (GL, ZH), für die Kommission: Es bleiben, wie erwähnt, noch zwei kleinere Differenzen, die materiell allerdings nicht ganz unwichtig sind. Die eine betrifft bei Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a die Frage, wer von dieser Beschlussfassung über die Auszahlung von Dividenden und Tantiemen betroffen ist bzw. wo



solche Auszahlungen ausgeschlossen sind. Als Nationalrat haben wir in der letzten Runde noch legiferiert, dass auch indirekt beteiligte und untergeordnete Firmen nicht in den Genuss solcher Auszahlungen kommen sollten. Diesbezüglich hat der Ständerat die Bedenken, die bei uns im Rat teilweise geäussert wurden, klar übernommen. Rechtlich ist das heikel, es gibt aktienrechtliche Probleme sowie Gleichbehandlungsgebote. Der Ständerat hat hier einstimmig beschlossen, diese zusätzliche Einschränkung wieder zu streichen, stellt sie doch ganz klar einen zu starken Eingriff sowohl in die Unternehmensfreiheit als auch ins Aktienrechtliche dar.

Dasselbe gilt bei der zweiten Differenz bei Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe d. Da hat Ihr Rat in der letzten Runde auch zur Frage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Vergütung von über 250 000 Franken legiferiert. Auch hier hat der Ständerat die Bedenken, die hier geäussert wurden, zum Anlass genommen, diesen Punkt herauszustreichen. Der Entscheid war klar, er wurde ebenfalls einstimmig gefällt. Denn hier würden einerseits faktisch Änderungskündigungen stattfinden, andererseits stellen sich aktienrechtliche Fragen, und man würde zu stark in die Unternehmensfreiheit eingreifen. Dafür hat der Ständerat die Bestimmung ergänzt und ausser den Mitgliedern der Geschäftsleitung auch jene des Verwaltungsrates aufgenommen.

Im Namen der Kommissionsmehrheit möchten wir festhalten, dass es nicht etwa unsere Erwartung ist, dass hier für die entsprechende Unternehmung Tür und Tor geöffnet wird, weiterhin Tantiemen und Boni auszuzahlen, sondern dass wir im Gegenteil eine massive Zurückhaltung erwarten. Aber es soll nicht sein, dass ein Mitarbeiter bei irgendeiner indirekten Beteiligung, also irgendein Kraftwerksleiter, am Schluss dann seinen Bonus nicht erhält, obwohl er mit dieser Sache gar nichts direkt zu tun hat. Aber innerhalb des Konzerns erwarten wir eine markante Zurückhaltung. Das ist die klare Meinung Ihrer Kommissionsmehrheit.

Wenn Sie der Mehrheit folgen, räumen Sie die letzten zwei Differenzen aus und ersparen uns eine Einigungskonferenz am Morgen um sieben Uhr, deren Resultat dasselbe wäre. Denn wenn der Ständerat geschlossen ist und unsere Kommission gespalten, können Sie mathematisch ausrechnen, wie gross die Chance ist, dass etwas anderes herauskommt, als wenn Sie heute schon den Anträgen der Mehrheit zustimmen.

Wir bitten Sie also im Namen der Mehrheit der Kommission, diese beiden Differenzen auszuräumen und dem Ständerat zu folgen.

**Klopfenstein Broggin** Delphine (G, GE), pour la commission: La Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire, des transports et de l'énergie s'est réunie le jeudi 22 septembre dernier pour traiter les divergences sur le projet d'aides financières subsidiaires destinées au sauvetage des entreprises du secteur de l'électricité d'importance systémique. Comme cela a été dit, il reste deux divergences. La majorité de la commission vous prie de la suivre.

Les deux divergences subsistent à l'article 3 alinéas 1, 2 et 3 et à l'article 10 alinéas 0 et 1.

A l'article 10 alinéa 1 lettre a, à propos des obligations de l'emprunteuse à la suite d'un prêt, votre commission adhère à la décision du Conseil des Etats, à savoir de dire qu'à partir du moment où un prêt est accordé par décision ou par contrat et jusqu'à la fin de la possibilité d'y recourir ou jusqu'au remboursement intégral des prêts ou du paiement des intérêts de la prime de risque, l'emprunteuse n'est pas autorisée à exécuter la décision de verser ou le versement de dividendes et de tantièmes à des personnes extérieures au groupe de l'emprunteuse.

Cette formule est plus directe que celle du Conseil fédéral, mais elle s'éloigne aussi naturellement de la version que notre conseil avait souhaitée au départ, qui précisait que "les filiales et autres sociétés dans lesquelles l'emprunteuse détient une participation directe ou indirecte ne peuvent en outre pas décider de verser des dividendes et des tantièmes aux cantons et aux communes qui détiennent une participation dans ces filiales ou sociétés, ou aux représentants de ces cantons ou communes". La minorité Aeschi Thomas continue de vouloir maintenir cette phrase, mais la majorité de la commission vous encourage vivement à nous aligner sur la décision du Conseil des Etats.

Toujours à l'article 10 alinéa 1, mais cette fois à la lettre d, la majorité de la commission s'est alignée sur la décision du Conseil des Etats, avec la proposition qu'il ne soit pas non plus autorisé "la décision de verser ou le versement de rétributions spéciales et d'éléments de salaire variables à des membres de la direction ou du conseil d'administration." Si

AB 2022 N 1699 / BO 2022 N 1699

notre conseil voulait mentionner les collaborateurs et collaboratrices dont la rémunération annuelle totale dépasse les 250 000 francs, la majorité de la commission a estimé que le Conseil des Etats avait fait un pas dans notre direction, parce qu'au départ il voulait tout simplement tout biffer. La minorité Aeschi Thomas continue de vouloir maintenir la dernière proposition acceptée par notre conseil. La majorité de la commission vous



recommande de la suivre.

Nous devrions donc arriver à la fin du processus. Nous vous recommandons vraiment de suivre la majorité de la commission de manière à éliminer toutes les divergences entre les deux chambres.

Je le répète, le projet que l'on a sous les yeux cherche à protéger avant tout notre approvisionnement, car le rythme de faillite des grandes entreprises d'importance systémique peut avoir une répercussion en cascade sur l'ensemble du système. Ce soutien n'est qu'un prêt temporaire pour assurer, momentanément, suffisamment de liquidités à ces entreprises. Le problème d'illiquidité est donc une conséquence directe de la montée des prix de l'énergie.

Nous vous recommandons d'éliminer toutes les divergences pour adopter un bon compromis avec le Conseil des Etats et d'accepter ce que vous propose la majorité de la commission.

**Präsidentin** (Kälin Irène, Präsidentin): Wir stimmen über die Anträge der Minderheit Aeschi Thomas ab.

*Bst. a – Let. a*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.031/25556)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Bst. d – Let. d*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.031/25557)

Für den Antrag der Mehrheit ... 133 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(1 Enthaltung)

**Präsidentin** (Kälin Irène, Präsidentin): Die letzten Differenzen sind bereinigt. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat, damit er über die Dringlichkeitsklausel entscheidet.